

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

TOP 22 – Angebote für SchulabgängerInnen

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende von  
Bündnis 90/Die Grünen,  
**Karl-Martin Hentschel:**

Durchwahl: 0431/988-1503  
Zentrale: 0431/988-1500  
Telefax: 0431/988-1501  
Mobil: 0172/541 83 53  
E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 298.06 / 28.06.06**

## Jeder Jugendliche muss untergebracht werden

Über 1200 Jugendliche mehr als im vorigen Jahr kommen in Schleswig-Holstein aus den Schulen. Dazu kommen laut meiner kleinen Anfrage 16/325 weitere 500 Jugendliche aus dem Berufsbildungsjahr, 1800 aus dem Ausbildungsvorbereitenden Jahr und 1000 aus den Arbeitslosenklassen.

Hatten wir noch vor zwei Jahren eine gerade ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen in Schleswig-Holstein, so kommen jetzt auf 100 BewerberInnen nur noch 77 Plätze. Ein solches Drama hat es in Schleswig-Holstein noch nie gegeben. Das Bündnis für Ausbildung ist auf voller Linie gescheitert.

Minister Austermann, in der letzten Landtagssitzung haben sie noch behauptet, das Wachstum der Wirtschaft um 1,3 Prozent im vorigen Jahr sei ein Erfolg der CDU. Wenn das ernst zu nehmen war, dann erwarte ich, dass sie heute feststellen, dass der Mangel an Ausbildungsplätzen auch ein Ergebnis der CDU-Politik ist!

Mich interessiert allerdings mehr: Was will diese Regierung tun? Eine Analyse der Pressemitteilungen des Ministers ergibt: Man findet Dutzende Pressemitteilungen zu Tourismus und Fahrradwegen, zur Beschimpfung der uneinsichtigen Hochschulen und StudentInnen, über tolle Wirtschaftsjahre, über den Bau der Fehmarnbeltbrücke und vieles mehr.

Aber zur Ausbildungskatastrophe in diesem Land findet man nichts – nur die gemeinsame Pressemitteilung vom 18. Mai, als das jährliche Bündnis für Ausbildung wieder um ein Jahr verlängert wurde. Wie lieblos das Ganze war, sieht man an dem „Aktionsprogramm Ausbildung“, auf das der zuständige CDU-Abgeordnete Callsen seine ganze Hoffnung setzt.

Schaut man sich dieses Aktionsprogramm an, dann stellt man fest, dass es bis auf einen Punkt identisch ist mit einem Programm von Minister Rohwer von 2004. Damals hieß es aber „Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung“. Es mag ja sein, dass das Programm so sinnvoll war, das sie es fortsetzen. Aber dann zu verkünden, man hätte ein neues Programm gestartet, ist doch etwas peinlich.

Auch der Antrag der Regierungsfractionen bringt nichts Neues. Keine Analyse der Situation, keine neue Idee. Schlicht ein weiter so. Alles was sowieso gemacht wurde, soll weiter gemacht werden. Es ist in keiner Weise erkennbar, wie auf die Krise reagiert werden soll.

1/2



Noch besser ist die CDU-Mittelstandsvereinigung. Die behauptet am 10. Mai, Schuld sei die Berufsschule, und fordert konsequent, den zweiten Berufsschultag abzuschaffen. Insbesondere bräuchten die Auszubildenden nicht mehr Englisch lernen.

Wir leben in einer Wissensgesellschaft. In vielen modernen Technologie-Branchen besteht das Kapital nicht mehr aus Grundstücken, Gebäuden und Maschinen, sondern aus dem Wissen der MitarbeiterInnen.

Alle Wachstumsstudien sagen uns, dass unser Standort einzig und allein davon abhängt, ob es uns gelingt, gut qualifizierte junge Leute auszubilden und an unsere Region zu binden. Nichts ist so attraktiv für die Ansiedlung von attraktiven Firmenstandorten, wie gut ausgebildete Menschen, deren Köpfe sie für sich gewinnen können.

Und dann wollen sie den Unterricht in der Berufsschule zusammenstreichen? Ich kann ihnen sagen, wem das nützt. Die Firmen, die die Auszubildenden als billige Arbeitskräfte nutzen wollen, die werden sich freuen. Aber in solche Firmen fallen heute schon ein Drittel der Auszubildenden durch, weil sie schlecht vorbereitet werden.

Aber die Industrie und die Firmen, die ein echtes Interesse an guter Ausbildung haben, die werden dann endgültig aus der Ausbildung aussteigen, weil sie sich allein gelassen fühlen. Aber auch dem Handwerk würde man damit einen Bärendienst tun.

Als Beispiel nehme ich das Lieblingshandwerk vieler junger Männer, das Kfz-Gewerbe. Früher hatten die Kfz-Gesellen den Spitznamen Schrauber. Heute nennt sich der Beruf Mechatroniker. Und die Auszubildenden müssen längst Physik, Elektronik, Programmierung von Schaltungen und englische Handbücher pauken.

Wer in dieser Situation große Teile der Berufsschule für überflüssig erklärt, der macht nur eines deutlich, nämlich welchen Geistes diese Partei ist, die hier neuerdings in Schleswig-Holstein regiert.

Das größte Problem mit der Berufsausbildung haben die Kinder von MigrantInnen, und da vor allem Jugendliche mit russischer und türkischer Abstammung. Die Zahl der ausländischen Auszubildenden in Schleswig-Holstein ist in den letzten fünf Jahren um fast 30 Prozent zurückgegangen. Nicht mal mehr jede/r zweite von diesen Jugendlichen wird ausgebildet.

Aufgrund dieses Problems hatten wir erreicht, dass gemeinsam mit der türkischen Gemeinde eine zusätzliche Beratung und Ansprache der türkischen Familien erfolgt, und dass gezielt für Ausbildungsplätze in türkischen Unternehmen geworben wird.

Ich kann hier nur an Sie appellieren, um den Minister Austermann erneut daran zu hindern, erneut bei diesen Programmen zu kürzen oder gar zu streichen. Wer da heute spart, der wird morgen für die fehlenden Früchte verantwortlich sein.

Seit Jahren hat das BiBB die Weichen gestellt, dass der Mangel im dualen System dort, wo es Sinn macht, durch vollzeitschulische Ausbildungsgänge ergänzt wird. Der letzte Statusbericht weist aus, dass Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Baden-Württemberg das bereits in Landesrecht umgesetzt haben. Über Schleswig-Holstein steht da nur: „Bisher (gab es) lediglich Diskussion der Zuständigkeiten“. Das wird unseren Jugendlichen nicht viel nützen, Herr Minister.

Hören Sie auf, mit Frau Erdsiek-Rave über Zuständigkeiten zu diskutieren. Wir erwarten, dass die Regierung die Ausbildungsmisere zum Schwerpunktthema der Landesregierung macht.

Wir erwarten, dass sie gemeinsam mit der Arbeitsagentur ein Aktionsprogramm aufstellen, das sicherstellt, dass kein/e Jugendliche/r, die oder der jetzt die Schule verlässt, im kommenden Jahr zu Hause auf dem Sofa rumhängt und nicht weiß, was sie oder er machen soll. Deshalb erwarten wir, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

\*\*\*